

EU und südamerikanischer Handelsblock schließen nach 25 Jahren Deal ab

Nach 25 Jahren der Verhandlungen haben die EU und der südamerikanische Handelsblock Mercosur endlich ein umfassendes Handelsabkommen erzielt, das große wirtschaftliche Chancen birgt, aber auch kontroverse Bedenken hervorruft.

Die **Europäische Union** hat am Freitag ein bedeutendes Freihandelsabkommen mit Brasilien, Argentinien und drei weiteren südamerikanischen Nationen der Mercosur-Handelsallianz erzielt. Dieses Abkommen krönt ein viertel Jahrhundert an wechselhaften Verhandlungen, während Frankreich gleichzeitig droht, das **umstrittene Abkommen** zu verhindern.

Ein riesiger Markt entsteht

Unter der Voraussetzung, dass das Abkommen ratifiziert wird, könnte es eine der größten Freihandelszonen der Welt schaffen. Diese würde einen Markt von 780 Millionen Menschen abdecken und fast ein Viertel des globalen Bruttoinlandsprodukts repräsentieren.

Wirtschaftliche Vorteile für die Unternehmen

Befürworter des Abkommens in Brüssel argumentieren, dass es den Unternehmen jährlich etwa 4,26 Milliarden Dollar an Zöllen sparen würde. Somit würden Bürokratie abgebaut und Zölle auf Produkte wie italienischen Wein, argentinisches Steak,

brasilianische Orangen und deutsche Volkswagen aufgehoben.

Kritik aus verschiedenen Ländern

Kritiker in Frankreich, den Niederlanden und anderen Ländern mit bedeutenden Milch- und Rinderindustrien befürchten, dass das Abkommen lokale Bauern einer unfairen Konkurrenz aussetzen und **Umweltschäden** verursachen könnte.

Eine historische Einigung

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, die den Mercosur-Gipfel in Uruguay leitete, bezeichnete den Deal als „wirklich historisches Ereignis“, insbesondere in Zeiten, in denen globaler Protektionismus zunimmt. „Ich weiß, dass starke Winde in die entgegengesetzte Richtung wehen, hin zu Isolation und Fragmentierung, aber dieses Abkommen ist unsere klare Antwort“, sagte von der Leyen und spielte damit offenbar auf die Versprechungen des künftigen US-Präsidenten Donald Trump an, amerikanische Arbeiter und Produkte zu schützen.

Frankreichs Widerstand

Unter Druck von landwirtschaftlichen Interessen in seinem Land erklärte der französische Präsident Emmanuel Macron am Freitag, dass das Abkommen in seiner derzeitigen Form „unakzeptabel“ sei und dass die Regierungen noch nicht „das endgültige Ergebnis“ der Verhandlungen gesehen hätten. „Das Abkommen wurde weder unterzeichnet noch ratifiziert. Dies ist nicht das Ende der Geschichte“, erklärte Macrons Büro. Frankreich fordert zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen für die Landwirte sowie Verpflichtungen zu nachhaltiger Entwicklung und Gesundheitskontrollen.

Die Unterstützung der EU-Mitgliedstaaten

Um das Abkommen zu blockieren, benötigt Frankreich die Unterstützung von drei oder mehr anderen EU-Mitgliedstaaten, die mindestens 35 % der Bevölkerung der EU repräsentieren. Die französische Regierung versucht, andere Ländern zu mobilisieren, um gegen das Abkommen zu stimmen, und nennt Österreich, Belgien, Italien, die Niederlande und Polen als weitere Staaten, die Bedenken bezüglich des Abkommens teilen.

Wirtschaftswachstum und Exportmöglichkeiten

Für von der Leyen bietet das Abkommen eine hervorragende Gelegenheit, 60.000 Unternehmen durch **niedrigere Zölle**, vereinfachte Zollverfahren und bevorzugten Zugang zu Rohstoffen, die sonst aus China bezogen werden, zu fördern. „Dies wird enorme Geschäftsmöglichkeiten schaffen“, versprach sie.

Reaktionen aus Südamerika

Der Präsident Brasiliens, Luiz Inacio Lula da Silva, lobte bei dem Gipfel in Montevideo das „moderne und ausgewogene Dokument“, das die Umweltqualitäten des Mercosur anerkennt. „Wir sichern neue Märkte für unsere Exporte und stärken die Investitionsströme“, sagte er.

Langfristige Verhandlungen und Herausforderungen

Das Abkommen ist das Ergebnis von 25 Jahren **aufwendigen Verhandlungen**, die mit einem Mercosur-Gipfel in Rio de Janeiro im Jahr 1999 begannen. Diese Verhandlungen waren häufig wegen Differenzen in den wirtschaftlichen Prioritäten, regulatorischen Standards und Agrarpolitiken gescheitert.

Wenn die Vergangenheit ein Maßstab ist, könnte die Ratifizierung des Abkommens Jahre in Anspruch nehmen,

obwohl die derzeitige politische Situation in den betroffenen Ländern darauf hindeutet, dass die Chancen diesmal besser stehen.

Details

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)